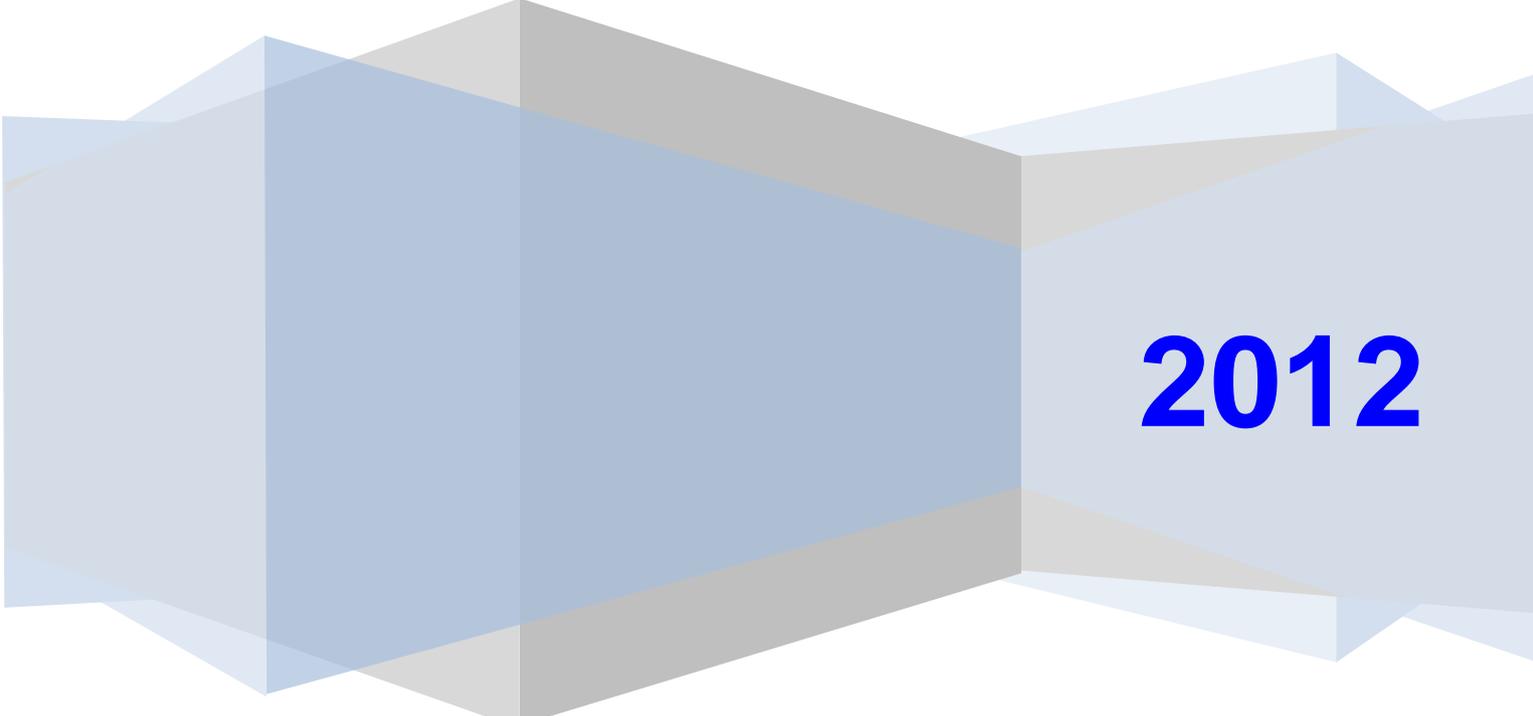


**PHILIPS**

# **Geschäftsbericht**

**Philips Pensionskasse (VVG)**



**2012**

Philips Pensionskasse (VVG)  
Lübeckertordamm 1 - 3  
20099 Hamburg

## Geschäftsbericht 2012

### Inhalt

	<u>Seite</u>
Lagebericht _____	2
Bilanz _____	8
Gewinn- und Verlustrechnung _____	10
Anhang _____	12
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden _____	12
Erläuterungen zur Bilanz _____	13
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung _____	16
Beteiligungsverhältnisse zum Bilanzstichtag gem. § 285 Nr. 11 HGB _____	16
Sonstige Angaben _____	16
Aufsichtsrat und Vorstand _____	17
Bericht des Aufsichtsrates _____	18
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers _____	19
Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen _____	20
Entwicklung der Aktivposten _____	21

---

## Lagebericht

---

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden entsprechend den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt.

### Rechtliches

Die Philips Pensionskasse (VVG) - im folgenden "Pensionskasse" genannt - ist ein "kleinerer Versicherungsverein" im Sinne des § 53 VAG und gilt mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde vom 3. November 2005 und in Anwendung von § 118 b Abs. 3 VAG als regulierte Pensionskasse. Sie ist gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 3 in Verbindung mit § 6 des KStG von der Körperschaftsteuer und gemäß § 3 Nr. 9 GewStG von der Gewerbesteuer befreit.

Die Pensionskasse nimmt satzungsgemäß Personen von Unternehmen, die von der Philips Deutschland GmbH als an der Philips Pensionskasse beteiligte deutsche Philips Unternehmen bestimmt sind, als Mitglieder auf und bietet ihnen Versicherungsleistungen in Form von Altersrenten einschließlich Invaliden- und Hinterbliebenenrenten an.

Zusätzlich werden Personen Mitglied der Pensionskasse, wenn sie im Rahmen eines Versorgungsausgleichs nach dem Versorgungsausgleichsgesetz durch interne Teilung ein Anrecht auf Versorgungsleistungen bei der Pensionskasse erwerben.

Wenn ein Unternehmen seine Eigenschaft als beteiligtes deutsches Philips Unternehmen verliert, kann es mit der Kasse vereinbaren, dass es für die Mitglieder der Kasse, die zum Zeitpunkt des Verlustes der Eigenschaft als beteiligtes deutsches Philips Unternehmen in einem Arbeitsverhältnis zu ihm stehen, weiterhin die Pflichten eines beteiligten Unternehmens übernimmt.

Die zuletzt geänderte Satzung trat nach Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde vom 22. August 2011 in Kraft. Die satzungsgemäß jährlich einmal in der ersten Hälfte eines jeden Jahres vorgeschriebene ordentliche Mitgliederversammlung hat am 5. Juni 2012 in Hamburg stattgefunden.

Auf Basis eines Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrages vom 23. März 2009 hat die Philips Pensionskasse (VVG) zum 1. April 2009 die Bestandsverwaltung, die Leistungsbearbeitung, das Rechnungswesen, die Vermögensanlage und die Vermögensverwaltung (§ 5 Abs. 3 Nr. 4 VAG) sowie das Controlling, das Risikomanagement und das aufsichtsrechtliche Berichtswesen auf die Philips Pensions-Service eG übertragen.

Mit Schreiben vom 26. März 2009 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht dem Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrag zugestimmt.

Gemäß Betriebsübertragungsvertrag vom 25. März 2009 wurde der Betrieb der Philips Pensionskasse (VVG) mit Wirkung zum 1. April 2009 auf die Philips Pensions-Service eG übertragen. Die Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmer der Philips Pensionskasse (VVG) sind gemäß § 613 a BGB auf die Philips Pensions-Service eG übergegangen.

Die Pensionskasse ist Mitglied der aba Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V., Heidelberg sowie des Verbandes der Firmenpensionskassen e. V., Berlin.

## Geschäftsverlauf

### 1. Bestandsentwicklung

Am Ende des Geschäftsjahres hatte die Pensionskasse 12.401 aktive Mitglieder (Vorjahr 12.511), 8.620 rentenbeziehende Mitglieder (Vorjahr 8.468) sowie 2.411 rentenbeziehende Witwen, Witwer und Waisen (Vorjahr 2.339). Einzelheiten über die Bewegungen des Bestandes an Pensionsversicherungen vermittelt die entsprechende Anlage zum Lagebericht.

Die Beitragseinnahmen betrugen im Jahr 2012 Mio. € 13,1 und lagen damit um Mio. € 0,1 über dem Niveau des Vorjahres.

Die Rentenzahlungen im Berichtsjahr erhöhten sich um Mio. € 0,4 bzw. 1,3 % auf Mio. € 33,6. Der erneute Anstieg gegenüber dem Vorjahr war im Wesentlichen auf die weitere Zunahme der Anzahl der Rentner zurückzuführen.

### 2. Kapitalanlagen

In der ersten Jahreshälfte 2012 hat die Pensionskasse die noch attraktiven Renditen festverzinslicher Wertpapiere genutzt, um in der Direktanlage europäische Schuldtitel bester Bonität ("Investment-grade"-Ratings) zu erwerben. Dies galt insbesondere für osteuropäische Staatsanleihen sowie südeuropäische Unternehmensanleihen. Alle Anleihen lauteten auf Euro. Wie bereits in der Vergangenheit, wurden die neu gekauften festverzinslichen Wertpapiere im Wesentlichen dem Anlagevermögen zugeführt (§ 341b Abs. 2 HGB).

Auch im vergangenen Geschäftsjahr wurden vereinzelt Schuldscheindarlehen deutscher Emittenten, deren Bonität sich auf Grund von Rückstufungen der Ratings merklich verschlechtert hatte, aus Vorsichtsgründen vor Fälligkeit veräußert.

Im Jahresverlauf wurde ein Neubauprojekt in Hamburg-Wandsbek, als reines Wohnobjekt, fortgeführt. Die Fertigstellung wird voraussichtlich im Frühjahr 2014 erfolgen. Auf Grund eines attraktiven Verkaufspreises wurde ein kleineres gemischt genutztes Objekt in Koblenz veräußert.

Zur Finanzierung der zuvor genannten Direktanlagen (Anleihekäufe) wurde das Volumen des Wertpapier-Master-Fonds zu Jahresanfang reduziert. Der Spezialfonds setzte sich das gesamte Jahr über aus Mandaten für Euro-Staats- und Unternehmensanleihen sowie globale Schwellenländeranleihen zusammen.

Für den genannten Wertpapier-Master-Fonds werden die Möglichkeiten des § 341b Abs. 2 HGB genutzt, da der Fonds der langfristigen Anlage dient.

In 2012 hat die Pensionskasse keine Aktien- oder Rohstoffbestände gehalten.

Das Bestandsvolumen an Immobilienspezialfonds hat sich per Saldo nur geringfügig verändert. Der vollständigen Rückgabe aller Anteile an einem Fonds mit Anlageschwerpunkt Wohnen in Deutschland standen Mittelabrufe zweier anderer Engagements gegenüber. Auf zwei Fonds, die sich nach einer einvernehmlichen Entscheidung aller Investoren in Auflösung befinden, mussten Abschreibungen vorgenommen werden.

Für den weiteren strategischen Ausbau der Anlageklasse "Alternative Investments" wurde eine neue Beteiligung mit dem Schwerpunkt europäische Photovoltaik- und Windprojekte eingegangen. Im Jahresverlauf erfolgten Mittelabrufe bzw. konkrete Anlagen für drei Viertel der gegebenen Zusage. Auch in 2013 sind selektiv weitere Anlagen in Erneuerbare Energien-Projekte angedacht.

Ein bestehender Fonds für Investments in Waldflächen wurde zum Jahreswechsel moderat aufgestockt.

Die Pensionskasse erachtet Investments in Erneuerbare Energien und Wald generell und unverändert als attraktiv, da sich hier langfristig hohe und gut planbare Erträge erzielen lassen - dies auch vor dem Hintergrund der jüngst erfolgten Einschränkungen ursprünglich gegebener Zusagen durch das Land Spanien.

Durch diese Art von Engagements gelingt es außerdem in hervorragender Weise den Nachhaltigkeitsgedanken in den Gesamtanlagen der Kasse maßgeblich zu fördern.

In die Anlageklassen Private Equity, Hedge Funds und Hypotheken wurden und werden auch zukünftig keine Investments getätigt.

Die Nettoverzinsung der Gesamtanlagen der Philips Pensionskasse für 2012 liegt bei 4,0 % nach 3,9 % im Vorjahr.

### **3. Überschussbeteiligung und Jahresergebnis**

Der Rückstellung für Beitragsrückerstattung sind auf Beschluss der Mitgliederversammlung vom 5. Juni 2012 T€ 298 entnommen worden.

Im Umfang von T€ 8.782 (vgl. zukünftige Entwicklung) wurde eine erneute außerordentliche Verstärkung der Deckungsrückstellung vorgenommen. Eine Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung erfolgte nicht. Diese Bilanzposition beträgt nach der o. a. Entnahme nun T€ 681.

Der im Berichtsjahr erwirtschaftete Jahresüberschuss in Höhe von T€ 700 wurde in die Gewinnrücklage - Verlustrücklage gem. § 37 VAG - eingestellt, so dass ein ausgeglichener Bilanzgewinn ausgewiesen wird.

Die Anwendung des im Rahmen der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 4. Dezember 2007 beschlossenen eigenständigen Verfahrens zur Beteiligung an den stillen Reserven (§ 153 i. V. m. § 211 VVG) ergab zum 31. Dezember 2012 keine zuteilbaren Bewertungsreserven für im Bestand verbleibende Versicherungen.

### **4. Risikoverlauf**

Jährlich wird überprüft, ob die geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen ausreichende Sicherheiten enthalten. Infolgedessen wurden die geschäftsplanmäßigen Sterbewahrscheinlichkeiten für Versicherungen nach AVB Tarif 1985 im Jahre 2012 erneut angepasst.

Die für das Geschäftsjahr 2012 durchgeführten Risikountersuchungen zeigen, dass bei den laufenden Renten (mit Ausnahme der Witwen) - bezogen auf die in 2012 angepassten Sterbewahrscheinlichkeiten - sowohl nach der Anzahl als auch nach der Jahresrente eine leichte Übersterblichkeit festzustellen war, die bei weiblichen Altersrentnern und Witwern stärker als bei männlichen Altersrentnern ausgeprägt ist. Gemessen am Durchschnitt der letzten sechs Jahre ist nach Anpassung der Sterbewahrscheinlichkeiten für Rentner im Tarif 1985 wieder eine ausreichende Sicherheitsreserve vorhanden.

Für die Leistungsanwärter lagen die tatsächlichen Sterbefälle sowohl bei den männlichen als auch bei den weiblichen Mitgliedern im Durchschnitt der letzten sechs Jahre - bezogen auf die Anzahl wie auch auf die (versicherte) Jahresrente - auf unterrechnungsmäßigem Niveau, bei den weiblichen Mitgliedern sind dabei stärkere Schwankungen für die einzelnen Jahre festzustellen. Auch hinsichtlich der Invaliditätsfälle ist im Durchschnitt der letzten sechs Jahre ein unterrechnungsmäßiger Verlauf zu verzeichnen, der bei männlichen Mitgliedern stärker als bei weiblichen ausgeprägt ist. Die geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen für die Anwartschaften zeigen somit weiter ausreichende Sicherheitsreserven.

## 5. Chancen / Risiken und zukünftige Entwicklung

Aus dem hohen direkt und indirekt gehaltenen Bestand an europäischen Staats- und Unternehmensanleihen könnten sich bei einer erneuten Verschärfung der Euro-Schuldenkrise Kurs- und Bonitätsrisiken ergeben. Bei einer Abschwächung der Wachstumsdynamik in den Schwellenländern wären in den Anleihe-Mandaten für diese Länder Währungs- und Kursrückgänge möglich.

Ein weiteres Risiko stellt in Krisenzeiten die Einhaltung der von den europäischen Staaten garantierten Einspeise- und Abnahmevergütungen für Photovoltaik- und Wind-Energie-Projekte dar. Dass es hier unerwartet zu Subventionskürzungen oder Sondersteuern kommen kann, zeigen die Maßnahmen Spaniens in 2011/2012. Ob die Beschlüsse letztendlich Bestand haben, werden die zahlreichen eingereichten internationalen Klagen zeigen.

Die Ergebnisse der bis dato eingegangenen Beteiligungen mit Spanien-Anteil zeigen, dass die jeweilige Gesamtrendite von den spanischen Schritten zwar negativ betroffen ist, dies aber nur in einem überschaubaren Rahmen. Die breite regionale Streuung der Investments innerhalb der einzelnen Beteiligungen macht es möglich, die ungünstigen iberischen Einflüsse aufzufangen.

Neuanlagen in Aktien oder Rohstoffen sind für 2013 grundsätzlich geplant, werden aber erst nach entsprechend positiven Signalen des internen Risikomanagements sowie eventuellen Marktkorrekturen umgesetzt. Zudem würden diese Anlagen im Falle der Vergabe von externen Mandaten von einem qualifizierten Dienstleister im Rahmen eines "Risiko-Overlay-Managements" überwacht oder bei Investments in der Direktanlage vom internen Risikomanagement eng begleitet werden. Auf diese Weise sollten sich bei Umsetzung der Planung keine bestandsgefährdenden Risiken für die Pensionskasse ergeben können.

Generell ist die Kapitalanlagepolitik der Pensionskasse stets auf eine angemessen breite Streuung der Gesamtanlagen ausgerichtet. Dies gilt insbesondere auch innerhalb der Emittenten aller direkten und indirekten Anleihebestände. Eine zeitnahe Überwachung deren schuldnerepezifischen Ratings begrenzt mögliche Risiken.

Der, von geringen strategischen Ausnahmen in den externen Fondsmandaten abgesehen, ausschließliche Erwerb bester Qualitäten im „Investment Grade“-Bereich limitiert ebenfalls eventuelle Kreditrisiken. Auf Herabstufungen unter dieses Bewertungsniveau wird in der Direktanlage in der Regel mit einem zeitnahen Verkauf der betroffenen Papiere reagiert. Für die externen Asset Manager bestehen für diesen Fall eindeutige Handlungsanweisungen.

Im Interesse des erwarteten positiven Chance-Risiko-Profiles sowie des teilweise gegebenen Inflationsschutzes, muss die mit dem strategischen Aufbau nennenswerter Anlagequoten in Erneuerbaren Energien, Wald und Infrastruktur verbundene lange Bindungsdauer und begrenzte Fungibilität dieser Anlageteile akzeptiert werden. Gleiches gilt für den vergleichsweise hohen Bestand an Immobilienanlagen.

Eine laufende, mehrjährige Liquiditätsplanung in der Pensionskasse erlaubt diese Anlagen allerdings uneingeschränkt.

In den Direktanlagen bestehen keine Fremdwährungsrisiken. In den extern vergebenen Mandaten für festverzinsliche Wertpapiere oder in einzelnen Beteiligungen werden diese durch laufende Absicherungen vermieden oder zumindest stark vermindert. Generell bestehen die Kapitalanlagen der Philips Pensionskasse damit zum überwiegenden Teil aus Investments in Euro.

Im Rahmen eines internen umfangreichen Risikomanagements werden die Gesamtanlagen regelmäßig verschiedenen Stresstests unterzogen. Hierzu werden mindestens quartalsweise die Berechnungsmethoden und Szenarien verwendet, welche von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vorgegeben sind. Mit Hilfe dieser Simulationsrechnungen wird überprüft, ob die Deckungsrückstellung auch bei extrem negativen Kapitalmarktveränderungen durch ein ausreichendes Kapitalvermögen bedeckt ist.

Während des gesamten Jahres 2012 hat die Pensionskasse zu jedem internen und externen Berichtsdatum die BaFin-Stresstests jederzeit und uneingeschränkt bestanden.

In Teilbereichen des Risikomanagements der Kapitalanlagen, als ein wesentlicher Bestandteil des Gesamtrisikomanagements, arbeitet die Pensionskasse mit qualifizierten externen Partnern zusammen. U. a. erhält die Kasse monatliche Informationen zu wesentlichen Risiko-Kennzahlen zugestellt. Hierzu gehören Berechnungen über die maximal zu erwartenden Wertverluste der Anlagen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes und mit einer bestimmten Eintrittswahrscheinlichkeit (Value-at-Risk-Daten) sowie die Berücksichtigung von Korrelations-effekten zwischen den Anlagearten. Zusätzlich lässt die Pensionskasse selbst festgelegte Stresstest-Szenarien monatlich von einem externen Dienstleister berechnen. Die externe Überwachung einer Wertuntergrenze für Spezialfondsmandate (sofern "Risikokapitalanlagen", d. h. Aktien und Rohstoffe, über vergebene Mandate gehalten werden) stellt einen zusätzlichen Bereich der Kooperation mit qualifizierten Dienstleistern dar und steigert den Schutz der Substanz der Kapitalanlagen nachhaltig.

Des Weiteren werden im Rahmen des Gesamtrisikomanagements alle möglichen sonstigen strategischen und operationellen Risiken berücksichtigt und bewertet.

Die Ergebnisse der zuvor genannten Verfahren münden in einem internen Risikoberichtswesen, welches auf Basis von Ampelschaltungen zeitnah Hinweise auf eine ggfs. kritische Risikosituation der Pensionskasse gibt. Auf Grundlage dieser Berichte würden bei Bedarf unmittelbare Entscheidungen getroffen, um kurzfristig die Risikotragfähigkeit wieder herzustellen. Dies gilt vor allem auch für eine evtl. Anpassung der Asset Allokation der Kapitalanlagen.

Sämtliche eingesetzten Verfahren und Tools werden jährlich auf ihre Sinnhaftigkeit und Angemessenheit hin in einem "Risikomanagement-Team" überprüft und ggf. angepasst oder erweitert.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden die Kapitalanlagetätigkeit, das Risikomanagement und das Rechnungswesen/Controlling der Pensionskasse bzw. die Organisation und die Prozesse der entsprechenden Bereiche der Philips Pensions-Service eG turnusmäßig einer Prüfung durch die Interne Revision (als Outsourcing-Partner durch eine namhafte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) unterzogen. Diese Prüfung erbrachte keine wesentlichen Kritikpunkte. Gleiches gilt für die Prüfung und Bewertung der Risikostrategie der Pensionskasse.

Die Pensionskasse verfügt über einen ausgewogenen Versicherungsbestand und vorsichtig dotierte Rückstellungen. Die Risiken des Versicherungsverlaufes werden jährlich durch den Verantwortlichen Aktuar überprüft.

Der auf Grund der aktuariellen Überprüfungen der biometrischen Risiken errechnete Bedarf für eine Verstärkung der Deckungsrückstellung führte zu außerordentlichen Zuführungen in den Jahren 2008 bis 2011 in Höhe von insgesamt Mio. € 27,3 für die Tarife 1985 und 2002. Die biometrischen Risiken sind mit diesen Maßnahmen bis auf Weiteres abgedeckt. In diesem Zusammenhang wurden zum 31. Dezember 2012 im Tarif 1985 neue Rechnungsgrundlagen hinsichtlich der Sterblichkeit eingeführt. Allerdings muss auch zukünftig damit gerechnet werden, dass die zunehmende Längerlebigkeit der Mitglieder weitere außerplanmäßige Zuführungen zur Deckungsrückstellung erforderlich machen wird.

Aus der Tatsache, dass allen Tarifen der Pensionskasse ein Rechnungszins zu Grunde liegt, der jährlich neu an den Kapitalmärkten erwirtschaftet werden muss, entstehen prinzipiell Zinsrisiken (Garantierisiko).

Um dem nun schon länger andauernden Niedrigzinsumfeld deutscher Anleihen Rechnung zu tragen, wurde daher der Deckungsrückstellung im Berichtsjahr pauschal ein Betrag von Mio. € 8,8 zugeführt (nach Mio. € 3,2 im Jahr 2011). Sollten die Renditen deutscher Wertpapiere in absehbarer Zeit nicht nennenswert ansteigen, ist hier mit weiteren Aufstockungen in den Folgejahren zu rechnen. Durch diese Maßnahmen soll die dauerhafte Finanzierbarkeit der gegebenen Rentenzusagen gesichert werden.

Der Umstand, dass in der Philips Pensionskasse die jährlichen Rentenleistungen die Beitragseinnahmen deutlich übersteigen, stellt ein Liquiditätsrisiko dar. Diesem Risiko wird durch eine regelmäßige und vorausschauende Liquiditätsplanung begegnet. Mit dem Ausbau der Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren sowie Immobilien und Beteiligungen für Erneuerbare Energien und der damit verbundenen langfristigen Steigerung der ordentlichen Erträge wird dem Risiko ebenfalls Rechnung getragen. Zudem unternimmt die Kasse erhebliche Anstrengungen, um Neumitglieder für die Einrichtung zu gewinnen.

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen werden von der Pensionskasse voll erfüllt. Eine Nutzung der Eigenmittel B ist dafür weiterhin nicht erforderlich.

## 6. Ausblick

Zwar scheint die Euro-Krise aufgrund der massiven staatlichen Interventionen und der "unbegrenzten" Zusagen der Notenbanken vorerst überstanden zu sein, nichtsdestotrotz könnten für den europäischen Gedanken ungünstige Wahlausgänge in einzelnen europäischen Teilnehmerländern, eine nicht erwartete globale Rezession oder größere Bankenpleiten die Situation wieder zuspitzen. Des Weiteren besteht die Sorge, dass der akute Anlagenotstand aller institutionellen Anleger mit Garantieverzinsungen zu Blasenbildungen in Teilen der Kapitalmärkte führen könnte. Insbesondere wäre dies für die Immobilien- und Aktienmärkte in den soliden westeuropäischen Ländern und in den USA oder auch bei den Edelmetallen denkbar.

Die Philips Pensionskasse bzw. die Philips Pensions-Service eG hat in 2012 auf die externen Rahmendaten und die erheblichen zukünftigen Unsicherheiten mit einem weiteren personellen und technischen Ausbau der internen Risikomanagementkapazitäten reagiert. Vor diesem Hintergrund sowie bei der gegebenen breiten Streuung der festverzinslichen Anlagen, unter Nutzung der Chancen auch in den Schwellenländern, bzw. Beteiligungen und auf Basis nennenswerter stiller Reserven in den Gesamtanlagen sollte auch in den nächsten Jahren eine auskömmliche Rendite - risikokontrolliert - erzielbar sein.

Für die Jahre 2013 und 2014 erwarten wir für die Pensionskasse eine positive Entwicklung in einer sich stabilisierenden Weltkonjunktur ohne inflationäre Tendenzen und damit in einem grundsätzlich günstigen Kapitalmarktumfeld.

Das erreichte historisch niedrige Zinsniveau für deutsche festverzinsliche Wertpapiere zwingt allerdings, trotz der zuvor genannten Risiken, alle Investoren zu mehr oder weniger großen Verschiebungen in der Allokation der Gesamtanlagen. Vor allem "Sachwerte", also Immobilien, Aktien, Edelmetalle, "Alternative Anlagen" (mit attraktiven und planbaren Chance-Risiko-Profilen) bzw. Zinsanlagen außerhalb Europas, teilweise unter bewusster Inkaufnahme der Währungsrisiken, oder Anleihen im „Nicht-Investment-Grade“-Bereich sollten von diesen Notwendigkeiten profitieren.

---

Den Mitgliedervertretern, allen Mitarbeitern der Philips Pensions-Service eG und denen, die sich für die Belange der Pensionskasse und deren Mitglieder aktiv eingesetzt haben, sprechen wir unseren Dank aus.

Bilanz  
zum 31.12.2012

AKTIVA					
	Euro	Euro	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
<b>A. Kapitalanlagen</b>					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken			59.321.302,82		56.849.108,03
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		19.775.000,00			20.025.000,00
2. Beteiligungen		<u>53.108.811,18</u>			<u>39.525.093,77</u>
			72.883.811,18		59.550.093,77
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		370.539.895,95			388.410.370,16
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		184.749.626,94			147.672.446,02
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	55.818.579,74				55.560.875,74
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	<u>71.434.697,35</u>				<u>91.487.958,83</u>
		127.253.277,09			147.048.834,57
4. Einlagen bei Kreditinstituten		8.500.000,00			11.500.000,00
5. Andere Kapitalanlagen		<u>1.000,00</u>			<u>1.000,00</u>
			<u>691.043.799,98</u>		<u>694.632.650,75</u>
<b>B. Forderungen</b>				823.248.913,98	811.031.852,55
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer		112.629,07			28.294,27
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen		<u>108.664,66</u>			<u>75.723,72</u>
			221.293,73		104.017,99
II. Sonstige Forderungen					
davon:					
gegenüber verbundenen Unternehmen:					
€ 14.365,51 (Vorjahr: € 1.239,68)					
gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:					
€ 277.426,32 (Vorjahr: € 374.064,16)					
			<u>1.028.909,94</u>		<u>1.444.145,89</u>
				1.250.203,67	1.548.163,88
<b>C. Sonstige Vermögensgegenstände</b>					
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			1.550.728,90		4.946.508,17
II. Andere Vermögensgegenstände			<u>2.854.847,42</u>		<u>2.768.985,83</u>
				4.405.576,32	7.715.494,00
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			8.904.634,09		8.175.708,59
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			<u>15.212,01</u>		<u>30.424,02</u>
				8.919.846,10	8.206.132,61
<b>SUMME DER AKTIVA</b>				<u>837.824.540,07</u>	<u>828.501.643,04</u>

Hamburg, 5. März 2013

Ich bestätige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Der Treuhänder

Hans-Jürgen Haverkamp

Bilanz  
zum 31.12.2012

<b>PASSIVA</b>			
	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
<b>A. Eigenkapital</b>			
Gew innrücklagen			
Verlustrücklage gem. § 37 VAG		39.820.000,00	39.120.000,00
<b>B. Versicherungstechnische Rückstellungen</b>			
I. Deckungsrückstellung	796.406.912,04		784.807.968,96
II. Rückstellung für noch nicht abgew ickelte Versicherungsfälle	41.192,99		235.207,36
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	680.970,06		979.372,77
		797.129.075,09	786.022.549,09
<b>C. Andere Rückstellungen</b>			
Sonstige Rückstellungen		112.214,41	114.149,30
<b>D. Andere Verbindlichkeiten</b>			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Mitglieds- und Trägerunternehmen	71.628,22		42.337,55
II. Sonstige Verbindlichkeiten			
davon:			
aus Steuern: € 0,00 (Vorjahr: € 25.022,71)			
im Rahmen der sozialen Sicherheit: € 16.729,79 (Vorjahr: € 22.709,79)			
gegenüber verbundenen Unternehmen: € 0,00 (Vorjahr: 19.292,97)			
	515.664,83		3.005.103,74
		587.293,05	3.047.441,29
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		175.957,52	197.503,36
<b>SUMME DER PASSIVA</b>		837.824.540,07	828.501.643,04

Hamburg, 5. März 2013

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 30.10.2012 genehmigten Geschäftsplan und der am 04.01.2013 genehmigten 1. Ergänzung berechnet worden ist.

- Der Verantwortliche Aktuar -

Dr. Horst-Günther Zimmermann

**Gewinn- und Verlustrechnung  
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012**

	Euro	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
<b>I. Versicherungstechnische Rechnung</b>				
1. Verdiente Beiträge			13.109.248,33	13.014.548,95
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung			130.313,55	4.109.080,81
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		3.177.818,35		1.464.024,95
davon: aus verbundenen Unternehmen				
€ 835.824,15 (Vorjahr: € 0,00)				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen				
Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf				
fremden Grundstücken	6.650.217,07			8.940.308,38
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	27.078.551,14			13.421.830,42
		33.728.768,21		22.362.138,80
c) Erträge aus Zuschreibungen		3.250.850,53		17.740,26
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		727.648,64		17.598.572,83
			40.885.085,73	41.442.476,84
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge			589.972,43	610.209,24
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		33.610.179,15		33.166.753,83
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte				
Versicherungsfälle		-194.014,37		170.059,32
			33.416.164,78	33.336.813,15
6. Veränderungen der übrigen versicherungstechnischen				
Rückstellungen				
Deckungsrückstellung			11.598.943,08	14.329.847,96
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb				
a) Abschlussaufwendungen		158.113,69		202.503,04
b) Verwaltungsaufwendungen		267.398,15		306.285,85
			425.511,84	508.788,89
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen,		3.813.785,22		4.439.694,80
Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die				
Kapitalanlagen				
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		4.322.254,72		4.916.487,49
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		93.734,99		650.990,35
			8.229.774,93	10.007.172,64
9. Versicherungstechnisches Ergebnis			1.044.225,41	993.693,20
Übertrag:			1.044.225,41	993.693,20

**Gewinn- und Verlustrechnung  
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012**

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
<b>Übertrag:</b>		1.044.225,41	993.693,20
<b>II. Nichtversicherungstechnische Rechnung</b>			
1. Sonstige Erträge	14.049,18		25.663,50
2. Sonstige Aufwendungen	<u>141.257,82</u>	-127.208,64	147.270,88 <u>-121.607,38</u>
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		917.016,77	872.085,82
4. Sonstige Steuern		217.016,77	272.085,82
5. Jahresüberschuss		700.000,00	600.000,00
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen in die Verlustrücklage gem. § 37 VAG		700.000,00	600.000,00
<b>7. Bilanzgewinn</b>		<u><b>0,00</b></u>	<u><b>0,00</b></u>

# A n h a n g

## 1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Grundstücke und Bauten werden gemäß § 341b Abs. 1 i.V.m. § 255 und § 253 Abs. 3 HGB zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen bewertet. Bei der Ermittlung der Abschreibungen werden lineare Abschreibungssätze entsprechend der voraussichtlichen betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer zugrunde gelegt. Eine außerplanmäßige Abschreibung auf den niedrigeren Wertansatz erfolgte gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB nur bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung. Sofern die Gründe für einen niedrigeren Wertansatz nicht mehr bestehen, wurde eine Zuschreibung nach § 253 Abs. 5 HGB vorgenommen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden gemäß § 341b Abs. 1 i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 3 HGB mit den Anschaffungskosten bewertet. Soweit notwendig, wurde eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB vorgenommen.

Die Investmentanteile werden grundsätzlich gemäß § 341 b Abs. 2 i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 4 HGB wie Umlaufvermögen bewertet (strenges Niederstwertprinzip). Sofern die Investmentanteile dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, erfolgt die Bewertung nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften gemäß § 341 b Abs. 2 i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 3 HGB (gemildertes Niederstwertprinzip).

Der Wertpapier-Master-Fonds (Bündelung aller externen Wertpapier-Spezialfondsmandate) wird gemäß § 341b Abs. 2 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet. Zum Bilanzstichtag beträgt der Buchwert T€ 302.218 und der korrespondierende Zeitwert T€ 320.522.

Inhaberschuldverschreibungen, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden nach den Vorschriften gemäß § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 3 HGB bewertet. Zum Bilanzstichtag werden Wertpapiere in Höhe von T€ 166.220 dem Anlagevermögen zugeordnet. Durch die Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wurden Abschreibungen in Höhe von T€ 71 vermieden. Die vorübergehenden Wertminderungen betreffen lediglich zwei Staatsanleihen aus der Euro-Zone mit einem Buchwert in Höhe von T€ 4.728 und einem korrespondierenden Zeitwert in Höhe von T€ 4.657, wobei der europäische Rettungsschirm bei der Einschätzung der Bonität berücksichtigt wurde. Sofern Anleihen über pari erworben wurden, werden die Anschaffungskosten über die Restlaufzeit ratierlich auf den Nennwert abgeschrieben.

Im Bestand werden fünf Inhaberschuldverschreibungen gehalten, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen. Infolge dessen erfolgt die Bewertung dieser Papiere nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften gemäß § 341 b Abs. 2 i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 4 HGB. Aufgrund einer Verkaufsabsicht wurde im Berichtsjahr eine Anleihe, die bislang im Anlagevermögen geführt wurde, nach den Vorschriften des Umlaufvermögens bewertet. Zum Bilanzstichtag war auf diese eine Inhaberschuldverschreibung eine Abschreibung in Höhe von T€ 356 vorzunehmen.

Die unter den „sonstige Ausleihungen“ ausgewiesenen Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen werden gemäß § 341b Abs. 1 i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 3 HGB zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips bewertet. Die im Bestand befindliche Zero-Namensschuldverschreibung wird zu Anschaffungskosten zuzüglich der laufzeitabhängigen Zinsamortisation angesetzt. Zur Feststellung einer möglichen dauerhaften Wertminderung wurde die Bonität der jeweiligen Emittenten einzeln beurteilt.

Die Bewertung der Einlagen bei Kreditinstituten sowie der anderen Kapitalanlagen erfolgt zu den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips.

Forderungen sind mit Nominalwerten bilanziert. Dem Risiko des Forderungsausfalls wird mit Einzel- und Pauschalwertberichtigungen in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände und aktiven Rechnungsabgrenzungsposten werden zum Nominalwert ausgewiesen.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wird für jeden Versicherungsfall, der bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist, einzeln ermittelt.

Die Bewertung der Verbindlichkeiten und der sonstigen Rückstellungen erfolgt zum Erfüllungsbetrag bzw. in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags. Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden zum Nominalwert ausgewiesen.

## 2. Erläuterungen zur Bilanz

Die Bewegungen und Bilanzwerte der Kapitalanlagen sind aus der Übersicht „Entwicklung der Aktivposten“ zu ersehen.

### **Kapitalanlagen**

Die Bewertung der Kapitalanlagen zeigt folgendes Bild:

	<b>Zeitwert</b>	<b>Buchwert</b>	<b>Zeitwert- reserve</b>
	<u>in € Mio</u>	<u>in € Mio</u>	<u>in € Mio</u>
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	82,5	59,3	23,2
Anteile an verbundenen Unternehmen	20,0	19,8	0,2
Beteiligungen	55,0	53,1	1,9
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	390,4	370,5	19,9
Inhaberschuldverschreibungen	209,0	184,8	24,2
Namenschuldverschreibungen	65,1	55,8	9,3
Schuldscheinforderungen und andere Darlehen	78,1	71,4	6,7
Einlagen bei Kreditinstituten	8,5	8,5	0,0
<b>Summe</b>	<b><u>908,6</u></b>	<b><u>823,2</u></b>	<b><u>85,4</u></b>

Der Gesamtsumme der fortgeführten Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen in Höhe von T€ 823.249 stehen korrespondierende beizulegende Zeitwerte in Höhe von T€ 908.668 gegenüber. Der sich hieraus ergebene Saldo beträgt T€ 85.419.

Bei Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken erfolgte die Ermittlung der Zeitwerte auf Basis des jeweiligen Ertragswertes. Hierfür liegen entsprechende externe Wertgutachten aus den Jahren 2010 bis 2012 vor. Hiervon ausgenommen ist das im Bau befindliche Grundstück, für das als Zeitwert der Buchwert angesetzt wurde.

Für Anteile an verbundenen Unternehmen entsprechen die Zeitwerte dem Buchwert bzw. dem Zeitwert des gehaltenen Objekts.

Die Zeitwertermittlung für Beteiligungen erfolgte je nach Art der Beteiligung nach dem Discounted Cash Flow-Verfahren (Abzinsung der Zahlungsströme) oder auf Basis des Net Asset Values (Nettoinventarwert).

Investmentanteile wurden mit den von den Kapitalanlagegesellschaften mitgeteilten Rücknahmepreisen zum Bilanzstichtag angesetzt.

Hinsichtlich der Inhaberschuldverschreibungen richtete sich der Zeitwert nach den Börsenkursen zum Bilanzstichtag.

Die Ermittlung der Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen (Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen) erfolgte anhand der Euro-Swapkurve zuzüglich geeigneter Zinsaufschläge.

Der Zeitwert der Einlagen bei Kreditinstituten sowie der anderen Kapitalanlagen entspricht den jeweiligen Buchwerten.

Angaben zu Investmentvermögen mit einem Anteilbesitz von mehr als 10%:

	<b>Buchwert (BW) in Mio €</b>	<b>Zeitwert (TW) in Mio €</b>	<b>Differenz (ZW-BW) in Mio €</b>	<b>Ausschüttung 2012 in T€</b>	<b>Tägliche Rückgabe möglich?</b>
<b>Rentenfonds</b>					
PEKA 1	302,2	320,5	18,3	10.000,0	ja
<b>Immobilienfonds</b>					
Henderson German Retail	9,9	9,9	0,0	424,2	nein
Catella Focus Global Forests	12,3	12,3	0,0	8,6	nein

Bei den Immobilienfonds ist die Rückgabe der Anteile einmal monatlich bzw. nach sechs Monaten möglich.

### **Sonstige Vermögensgegenstände**

Die anderen Vermögensgegenstände enthalten bereits im Geschäftsjahr 2012 gezahlte Renten für Januar 2013.

### **Gewinnrücklage**

In die Verlustrücklage gem. § 37 VAG wurden € 700.000,00 eingestellt. Damit wird der Satzung und den Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinsichtlich der Solvabilität in vollem Umfang entsprochen.

### **Deckungsrückstellung**

Die zum 31. Dezember 2012 ausgewiesene Deckungsrückstellung wurde nach den aufsichtsbehördlich genehmigten Geschäftsplänen für die Tarife 1985, 2002 und 2002 Zusatzversorgung, 2008 und 2008 Zusatzversorgung prospektiv für jede einzelne Versicherung berechnet.

Dabei wurden als Rechnungsgrundlagen für den Tarif 1985 die modifizierten biometrischen Grundwerte nach den „Richttafeln 1998“ von K. Heubeck mit einem Rechnungszinsfuß von 3,5 % p. a. verwendet. Für die Tarife 2002 und 2002 Z wurden die modifizierten biometrischen Grundwerte nach den „Richttafeln 1998“ von K. Heubeck mit einem Rechnungszinsfuß von 3,25 % in Ansatz gebracht. Für die Tarife 2008 und 2008 Z wurden die modifizierten biometrischen Grundwerte nach den „Richttafeln 2005 G“ von K. Heubeck mit einem Rechnungszinsfuß von 2,25 % zugrunde gelegt.

Mit aufsichtsrechtlicher Genehmigung wurde die Deckungsrückstellung zur Stärkung der Sicherheiten in den Rechnungsgrundlagen „Zins“ um € 11.957.191 und „Sterblichkeit“ um € 954.000 pauschal erhöht.

Zum 31. Dezember 2012 wurden die (neuen) Versicherungen nach „AVB Tarif 2009 Ausgleichsberechtigte“ im Bestandsverwaltungssystem noch nicht vollständig erfasst. Zu diesem Stichtag wurde daher die Deckungsrückstellung für die o. a. Versicherung ohne Berücksichtigung der rechtskräftigen Scheidungsurteile ermittelt.

Im Geschäftsjahr 2012 beläuft sich die Summe der von den Familiengerichten festgesetzten Ausgleichswerte nach einem rechtskräftigen Versorgungsausgleich auf insgesamt ca. T€ 1.173.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die unter Berücksichtigung aller rechtskräftigen Scheidungsurteile ermittelte geschäftsplanmäßige Deckungsrückstellung zum 31. Dezember 2012 den o. a. Gesamtbetrag der noch nicht erfassten Ausgleichswerte um weniger als 10 % übersteigen wird. Daher wurde auf Grund der unwesentlichen Höhe des Betrages von einer (pauschalen) Einrechnung einer entsprechenden Sicherheitsmarge in die Deckungsrückstellung zum 31.12.2012 abgesehen.

Die Deckungsrückstellung hat sich gegenüber dem Vorjahr um € 11.598.943 auf € 796.406.912 erhöht.

#### **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle**

Gemäß § 26 RechVersV sind hier die Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle, Rückgewährbeträge und Austrittsvergütungen ausgewiesen.

#### **Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung**

Die Rückstellung hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

<b>Stand am 1. Januar 2012</b>	<b>€</b>	<b>979.372,77</b>
Entnahme für		
Tarif 1985 Erhöhung der Ansprüche	€ ./.	0,00
Tarif 2002 Erhöhung der Ansprüche	€ ./.	75.691,00
Tarif 2002 Z Erhöhung der Ansprüche	€ ./.	11.410,55
Tarif 2002 Z Forderungsausgleich	€ ./.	168.089,16
Tarif 2008 G Erhöhung der Ansprüche	€ ./.	39.521,00
Tarif 2008 Z Erhöhung der Ansprüche	€ ./.	3.691,00
Zuführung aus dem Jahresüberschuss des Geschäftsjahres	€ +	0,00
<b>Stand am 31. Dezember 2012</b>	<b>€</b>	<b>680.970,06</b>

Eine Festlegung auf Zuteilung laufender Überschussanteile liegt zum Bilanzstichtag nicht vor.

**Sonstige Rückstellungen**

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Rückstellungen für die Prüfung und Erstellung des Jahresabschlusses 2012.

**Andere Verbindlichkeiten**

Der Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren beträgt T€ 335.

Die Höhe der durch ein Grundpfandrecht abgesicherten Verbindlichkeiten beträgt T€ 359.

**Passive Rechnungsabgrenzungsposten**

Der ausgewiesene Betrag resultiert aus Baukostenzuschüssen aus Fördermitteln für Wohnbauten.

**3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**

Die verdienten Beiträge in Höhe von € 13.109.248,33 (Vorjahr T€ 13.015) gliedern sich in laufende Beiträge € 12.655.333,43 (Vorjahr T€ 12.456) und Einmalbeiträge von € 453.914,90 (Vorjahr T€ 559).

Die ausgewiesenen verdienten Beiträge resultieren, wie im Vorjahr, ausschließlich aus Verträgen mit Gewinnbeteiligung.

Zum Bilanzstichtag wurden außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB in Höhe von € 1.222.561,44 vorgenommen. Eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB war nicht vorzunehmen.

**4. Beteiligungsverhältnisse zum Bilanzstichtag gem. § 285 Nr. 11 HGB**

<u>Name und Sitz des Unternehmens</u>	<u>Eigenkapital</u>	<u>Anteil</u>	<u>Ergebnis 2012</u>
Philips PK Immobilien Beteiligungs GmbH, Hamburg	T€ 20	100,0 %	T€ 1,6
Philips PK Immobilien I GmbH & Co. KG, Hamburg	T€ 19.750	100,0 %	T€ 896,5

**5. Sonstige Angaben**

Die Verwaltungskosten für den Tarif 1985 (inkl. des unter der Position Zahlungen für Versicherungsfälle ausgewiesenen Regulierungsaufwandes) werden mit Ausnahme der Kosten für die Vermögensanlage von den Mitglieds- und beteiligten Unternehmen getragen.

Zum Bilanzstichtag bestehen Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von T€ 5.000 für bereits erfolgte Zusagen im Bereich der Beteiligungen.

Das Gesamthonorar für die Abschlussprüfung beträgt € 30.600,00 (excl. Umsatzsteuer).

Im Geschäftsjahr 2012 war der Aufsichtsrat ehrenamtlich tätig. Vorschüsse und Kredite wurden weder an den Aufsichtsrat noch an den Vorstand gewährt.

6. Aufsichtsrat und Vorstand

Aufsichtsrat

Hans-Joachim Kamp *	Vorsitzender	(Dipl.-Kaufmann)
Günther Weber **	, stellv. Vorsitzender	(Techniker)
Dr. Heinrich Kaiser *		(Jurist)
Roland Kieseewetter **		(Techniker)
Stefan Meyer **		(Techniker)
Wolfgang Allers *		(Dipl.-Volkswirt)

Vorstand:

Norbert Schulte-Mattler,	Vorsitzender	(Dipl.-Kaufmann)
Gabriele Mazarin		(Dipl.-Mathematikerin)

\* von den Unternehmen ernannt (Satzung der Philips Pensionskasse § 12 Nr. 2)

\*\* durch die Vertreterversammlung gewählt (Satzung der Philips Pensionskasse § 12 Nr. 3)

Hamburg, 5. März 2013

Philips Pensionskasse (VVG)  
Der Vorstand

Norbert Schulte-Mattler

Gabriele Mazarin

## **Bericht des Aufsichtsrates**

Der Aufsichtsrat kam im Laufe des Geschäftsjahres in regelmäßigen Abständen zur Erörterung der geschäftlichen Entwicklung und der Lage der Philips Pensionskasse mit dem Vorstand zusammen. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat umfassend unterrichtet. Auch außerhalb dieser Sitzungen stand der Vorstand Mitgliedern des Aufsichtsrates jederzeit mit Auskünften zur Verfügung.

Die zum Abschlussprüfer bestellte BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat von dem Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen.

Dem uns vorgelegten Jahresabschluss und dem Lagebericht stimmen wir zu.

Hamburg, im April 2013

Philips Pensionskasse (VVG)  
Der Aufsichtsrat

Hans-Joachim Kamp  
- Vorsitzender -

Günther Weber  
- stellv. Vorsitzender -

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Philips Pensionskasse (VVG), Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, 7. März 2013

BDO AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Volkmer  
Wirtschaftsprüfer

ppa. Wysocki  
Wirtschaftsprüfer

## Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2012

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner			Hinterbliebenenrenten					
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten <sup>2</sup> €	Witw en	Witw er	Waisen	Summe der Jahresrenten <sup>2</sup>		
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl		Anzahl	Anzahl	Anzahl	Witw en €	Witw er €	Waisen €
<b>I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres</b>	9.852	2.659	6.734	1.734	28.144.750	2.127	87	125	4.550.692	110.934	79.606
<b>II. Zugang während des Geschäftsjahres</b>											
1. Neuzugang an Anw ärter, Zugang an Rentnern	190	101	307	77	1.366.836	147	3	10	313.312	8.069	5.211
2. Sonstiger Zugang <sup>1</sup>					87.487				-3.513	1	3
3. Gesamter Zugang	190	101	307	77	1.454.323	147	3	10	309.800	8.070	5.214
<b>III. Abgang während des Geschäftsjahres</b>											
1. Tod	15		191	39	1.112.560	78	4		173.578	5.717	
2. Beginn der Altersrente	283	66									
3. Berufs- und Erw erbsunfähigkeit (Invalidität)	24	1									
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf			1		5.060	1	1	2	927	1.724	838
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkauf- werten, Rückgew ährbeträgen und Austritts- vergütungen	6	5									
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkauf- werten, Rückgew ährbeträgen und Austritts- vergütungen		1									
7. Sonstiger Abgang				1	146.598	2			404		
8. Gesamter Abgang	328	73	192	40	1.264.217	81	5	2	174.909	7.441	838
<b>IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres</b>	9.714	2.687	6.849	1.771	28.334.856	2.193	85	133	4.685.582	111.564	83.982
davon											
1. beitragsfreie Anw artschaften	2.809	702									
2. in Rückdeckung gegeben											

<sup>1</sup> Z. B. Reaktivierung, Wiederinkraftsetzung sowie Erhöhung der Rente

<sup>2</sup> Einzusetzen ist hier der Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt

## Entwicklung der Aktivposten im Geschäftsjahr 2012

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr 31.12.2011 €	Zugänge €	Abgänge €	Zuschreibungen €	Abschreibungen €	Bilanzwerte Geschäftsjahr 31.12.2012 €
A I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	56.849.108,03	1.665.500,55	520.000,00	3.065.986,78	1.739.292,54	59.321.302,82
Summe A I.	56.849.108,03	1.665.500,55	520.000,00	3.065.986,78	1.739.292,54	59.321.302,82
A II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	20.025.000,00	0,00	250.000,00	0,00	0,00	19.775.000,00
2. Beteiligungen	39.525.093,77	15.000.000,00	705.171,01	0,00	711.111,58	53.108.811,18
Summe A II.	59.550.093,77	15.000.000,00	955.171,01	0,00	711.111,58	72.883.811,18
A III. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	388.410.370,16	19.205.306,10	35.622.344,02	0,00	1.453.436,29	370.539.895,95
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	147.672.446,02	49.722.390,00	12.464.920,00	184.863,75	365.152,83	184.749.626,94
3. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	55.560.875,74	10.257.704,00	10.000.000,00	0,00	0,00	55.818.579,74
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	91.487.958,83	0,00	20.000.000,00	0,00	53.261,48	71.434.697,35
4. Einlagen bei Kreditinstituten	11.500.000,00	0,00	3.000.000,00	0,00	0,00	8.500.000,00
5. Andere Kapitalanlagen	1.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.000,00
Summe A III.	694.632.650,75	79.185.400,10	81.087.264,02	184.863,75	1.871.850,60	691.043.799,98
INSGESAMT	811.031.852,55	95.850.900,65	82.562.435,03	3.250.850,53	4.322.254,72	823.248.913,98